

Zum Verhältnis von Imperialismus zu Kapitalismus

Die Frage des Imperialismus hat für die Linke eine zentrale Bedeutung, seit es ihn gibt. Karl Marx konnte die ersten Anzeichen des Aufkommens des von der kapitalistischen Produktionsweise getriebenen Imperialismus noch beobachten, aber keine umfassende Theorie mehr dazu liefern. In seiner Nachfolge entwickelten linke Aktivist*innen und Theoretiker*innen unterschiedliche Ansichten darüber, wie es zum Imperialismus kam und was er genau ist.

Aktuell spaltet die Frage des Imperialismus die Linke u. a. in zwei extreme Richtungen, die einander unversöhnlich gegenüberstehen. Auf der einen Seite sind dabei Antideutsche, die sich rechts einordnen und an die Stelle der Kritik des Kapitalismus die Anbetung der Herrschaft des Kapitals setzen. Sie haben mit dem US-Imperialismus keine Probleme mehr, weil sie mit ihm die Verteidigung sogenannter westlicher Werte gegen den sogenannten Islamismus und gegen den Antisemitismus identifizieren. Die Funktion der USA als Schutzmacht Israels rechtfertigt für sie auch, dass US-Regierungen imperialistische Kriege führen. Dabei spielen hunderttausende Tote in Folge der Angriffskriege für die antideutschen Bellizist*innen keine Rolle. Sie befürworteten u.a. den Krieg gegen den Irak von 2003 bis 2011, der mindestens 500 000 irakische Menschen das Leben kostete.¹ Die ökologischen und gesellschaftlichen Folgen dieser Kriege sind verheerend. Z. B. verseucht die in imperialistischen Kriegen von den Armeen der kapitalistischen Zentren massenweise verschossene Uranmunition die betroffenen Länder dauerhaft mit Radioaktivität.² Die gesellschaftlichen Verhältnisse versinken in anhaltendem Chaos von Bürger*innenkriegen, Terror und Zerstörung.

Auf der anderen Seite steht ein großer Teil der Antiimperialist*innen, die ihren politischen Ursprung in der Solidaritätsbewegung für die nationalen Befreiungsbewegungen im Trikont, den drei unterentwickelt gehaltenen Kontinenten Afrika, Asien und Lateinamerika, haben. Sie stellen umgekehrt die USA als besonderes Feindbild dar und projizieren diese Sichtweise zu einem großen Teil auch auf Israel. Dabei hat ihre Unterstützung für den Kampf gegen Israel vielfach die Form des antizionistischen Antisemitismus angenommen.

Begründet war und ist der Imperialismus in den ökonomischen Notwendigkeiten der Kapitalverwertung der kapitalistischen Zentren. Diese ergeben sich aus der Verschärfung des internationalen Konkurrenzkampfs der kapitalistischen Zentren untereinander und durch

drohende und tatsächliche Wirtschaftskrisen, die durch die dem Kapitalismus immanente Tendenz zur Überproduktion verursacht werden.

Die gewaltsame Eroberung und Ausbeutung fremder Länder gehört zu den Entstehungsbedingungen des Kapitalismus in Europa. Zu Beginn des Kapitalismus waren die eroberten und/oder ökonomisch durchdrungenen überseeischen Gebiete Teil der ursprünglichen Akkumulation. Die europäischen Eroberer raubten mit den zum großen Teil fertig vorgefundenen Rohstoffen Werte, die in den späteren kapitalistischen Zentren einen wesentlichen Teil des Grundstocks des Kapitals bildeten.

Die kapitalistische Produktionsweise setzt das Vorhandensein größerer Massen von Kapital voraus, das sich in den Händen von Warenproduzent*innen befindet. Es bedarf daher einer der kapitalistischen Akkumulation, d. h. der Anhäufung von Kapital, vorausgehenden »ursprünglichen« Akkumulation. Sie ist nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise, sondern ihr Ausgangspunkt.³

Dabei spielen nach Marx »Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle.«⁴

Die bloße Anhäufung von Werten nennt Marx Schatzbildung.

»Je weniger der Charakter des Produkts als Ware sich entwickelt, je weniger sich der Tauschwert der Produktion in ihrer ganzen Breite und Tiefe bemächtigt hat, desto mehr erscheint Geld als der eigentliche Reichtum als solcher, als der allgemeine Reichtum, gegenüber seiner beschränkten Darstellungsweise in Gebrauchswerten. Darauf beruht die Schatzbildung.«⁵

Die Schatzbildung ist mindestens ursprünglich nicht mit der Absicht verbunden, das angehäufte Geld so einzusetzen, dass daraus mehr Geld wird. Andererseits ist die Schatzbildung eine der Voraussetzungen für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Erst wenn eine bestimmte Menge von Werten in einer Hand versammelt ist, ist es möglich sie als Kapital einzusetzen.

Die Entstehung des Kapitals ist – im Unterschied zu bloßen angesammelten Schätzen – dadurch bestimmt, dass der Mehrwert zur Schaffung neuen Mehrwerts genutzt wird.⁶

Kapital kann nicht von einem Menschen für sich selbst geschaffen werden, weil es auf der Aneignung unbezahlter fremder Arbeit beruht. Die ursprüngliche Akkumulation war der Start des Kapitalismus. Also Raub und Mord, räuberische Aneignung von Rohstoffen wie in Lateinamerika und die Versklavung und Verschleppung von Menschen aus Afrika.⁷ Also die Anhäufung von Kapital, aber nicht als Resultat kapitalistischer Produktion.

Auch wenn die ersten Anfänge kapitalistischer Produktion schon im 14. und 15. Jahrhundert in einigen Städten am Mittelmeer sporadisch auftreten, beginnt die kapitalistische Produktionsweise als solche erst im 16. Jahrhundert.⁸

Die ursprüngliche Akkumulation geht einher mit der Enteignung der Produzent*innen früherer Produktionsweisen z. B. durch die Aufhebung der Leibeigenschaft. Bäuer*innen wurden vom Adel von ihrem Land vertrieben, ihr gemeinschaftlich bearbeiteter Grund und Boden enteignet. In Großbritannien wurden riesige Flächen Ackerlandes gewaltsam in Schafweiden verwandelt für die Wollproduktion. Die ihrer landwirtschaftlichen Existenzgrundlage beraubten Menschen hatten nur noch die Möglichkeit ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter*innen an die ersten Kapitalisten zu verkaufen, um zu überleben. Der Kapitalist bringt die Ware auf den Markt und eignet sich einen Teil des von den Lohnarbeiter*innen geschaffenen Wertes an.

»Früher erzeugte und bearbeitete die Bauernfamilie die Lebensmittel und Rohstoffe, die sie nachher größtenteils selbst verzehrte.«⁹

Indem die Menschen, die von dem Land, auf dem sie produziert haben, vertrieben wurden, schuf sich das Kapital gleichzeitig einen inneren Markt. Denn nun müssen die zu Lohnarbeiter*innen gewordenen Proletarier*innen das für ihren Lebensunterhalt Notwendige von ihrem Arbeitslohn den Kapitalist*innen abkaufen.

»Die Expropriation [die Enteignung, d. A.] und Verjagung eines Teils des Landvolks setzt mit den Arbeitern nicht nur ihre Lebensmittel und ihr Arbeitsmaterial für das industrielle Kapital frei, sie schafft den innern Markt.«¹⁰

Wie die ursprüngliche Akkumulation einen inneren Markt für das Kapital schafft, so schaffen Kolonialismus und Imperialismus Märkte für die Überproduktion.

Die Raubzüge der ursprünglichen Akkumulation ab dem 15. Jahrhundert ließen den Handel und das Handwerk als Quelle für die Entwicklung der Manufakturen aufblühen. In der Zeit des Kolonialismus ab Ende des 15. Jahrhunderts dienten die in Südamerika eroberten Gebiete zunächst überwiegend dazu, vorhandene Reichtümer der unterworfenen Gesellschaften zu rauben. Im 16. Jahrhunderts begannen die europäischen Eroberer, die Menschen z. B. in Bergwerken und Plantagen zu versklaven und die produzierten Rohstoffe zu rauben. Ab Mitte des 16. Jahrhunderts verschleppten die Europäer*innen Menschen aus Afrika als Sklav*innen nach Amerika. Zunehmend gewannen die abhängig gemachten überseeischen Gebiete eine Bedeutung auch als Absatzmärkte für kapitalistisch produzierte Fertigwaren.

In dieser Phase war das Verhältnis zwischen den kapitalistischen Zentren und der kapitalistischen Peripherie hauptsächlich geprägt vom Warenimport und Warenexport. Mit der

industriellen Revolution im 18. Jahrhundert beginnt die Phase der freien Konkurrenz. Noch war kein Kapital so stark, dass es den Markt monopolistisch hätte beherrschen können.

Ausgehend vom Kolonialismus begann angeheizt von der industriellen Revolution und von Verwertungskrisen innerhalb der kapitalistischen Zentren im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die restlose militärisch durchgesetzte Aufteilung der Welt.

Die industrielle Revolution hatte nach Frankreich, Niederlande und Großbritannien auch das Deutsche Reich, Japan und die USA erreicht und Englands relative Macht im internationalen System begann abzunehmen.

Die kapitalistische Expansion in Form des Imperialismus durchdringt und prägt die Gebiete des Trikont intensiver als die vorangegangenen Formen der Ausbeutung, indem sie die jeweilige Ökonomie aktiv der kapitalistischen Produktionsweise und den Mechanismen des Weltmarkts unterwarf.

Mit dem zunehmenden Konzentrationsprozess des Kapitals erreichte der kapitalistische Austausch- und Ausbeutungsprozess eine neue Dimension, da nun von den kapitalistischen Zentren nicht nur Konsumgüter als Gegenleistung für Nahrungsmittel und Industrie-Rohstoffe geliefert wurden. Das Kapital exportierte nun auch durch Auslandskredite und Kapitalanlagen finanzierte Investitionsgüter in die kapitalistische Peripherie.

In den kapitalistischen Zentren entstanden große Konzerne, in denen das industrielle Kapital sich zunehmend mit dem Bankkapital monopolistischer Großbanken¹¹ verbindet. Dabei wird über den Finanzsektor das in bestimmten Produktionsbereichen brachliegende, weil überschüssige, Kapital in profitablere Bereiche der industriellen Produktion in den kapitalistischen Zentren bzw. in besonders profitversprechende Bereiche der Rohstoffproduktion in den Ländern der kapitalistischen Peripherie verlagert.

Das Kapital organisiert große Konzerne zunehmend als Aktiengesellschaften um über mehr Kapital verfügen zu können. Das dient der Ausweitung der Produktion und einer zusätzlichen Vergrößerung der Konzerne.

Nach Lenins Imperialismustheorie wurde der Kapitalismus der Konkurrenz Ende des 19. Jahrhunderts überführt in den monopolistischen Kapitalismus, die Herrschaft der Monopole. Das Bankkapital verschmolz bzw. verwuchs¹² seiner Ansicht nach mit dem Industriekapital. Dieses verschmolzene Kapital wurde demnach zur treibenden Kraft hinter der imperialistischen Expansion.

Der Kapitalexport ist ein wesentliches Merkmal der imperialistischen Phase des Kapitalismus seit Ende des 19. Jahrhunderts. Bei der aggressiven Suche nach neuen Verwertungsmöglichkeiten blieb auf Dauer kein Ort der Welt verschont.

Der Produktionsprozess internationalisierte sich immer stärker und machte in einem viel höheren Maß eine aktive Beteiligung des Staates erforderlich, die sich in der Anfangsphase des Imperialismus vor allem auch militärisch ausdrückte.

Das Kapital, das aus den kapitalistischen Zentren heraus in den von imperialistischen Staaten eroberten Ländern angelegt worden ist, bedarf auch weiterhin des Schutzes einer nationalstaatlich organisierten Militärmaschinerie. Sie soll gegebenenfalls die bestehenden Eigentumsverhältnisse im Zusammenhang mit den Produktionsanlagen absichern und damit die Profite garantieren. Der ideelle Gesamtkapitalist agiert als imperialistischer Staat, der für das nationale Kapital Gebiete erobert und dort auch später militärisch eingreift, wenn die kapitalistischen Investitionen in Gefahr sind.

Von existentieller Bedeutung ist außerdem die Sicherung von Absatzmärkten, Interessengebieten, Rohstoffquellen und von Transportrouten für importierte Rohstoffe und exportierte Waren.

Imperialistische Regierungspolitik in den kapitalistischen Zentren ist die Umsetzung der Expansionsziele des Kapitals durch den ideellen Gesamtkapitalisten, den Staat. Da verschiedene Kapitalfraktionen unterschiedliche Interessen verfolgen und es zwischen den Institutionen des Staatsapparates und bestimmten Kapitalfraktionen immer auch zu Widersprüchen kommt, ist das Kapitalinteresse nie 1:1 identisch mit dem, was die staatlichen Vertreter*innen politisch beim Regieren umsetzen.

Ökonomische Interessen sind die Triebfeder imperialistischer Strategien von Staat und Kapital. Die durch den Zwang zur Profitmaximierung bedingte Ausweitung der Produktion im Kapitalismus macht es für das Kapital notwendig, sich immer neue Rohstoffquellen, Absatzmärkte und mögliche Produktionsstandorte zu erschließen. Karl Marx stellte fest, dass dem Kapital in bestimmten Phasen die »Öffnung neuer Märkte, neuer Sphären der Kapitalanlage [...] infolge neu entwickelter gesellschaftlicher Bedürfnisse« gelingen kann.

Die technologische Entwicklung erlaubt es, die Bedürfnisse neu zu definieren, allerdings nur im Rahmen des Zwangs zur Profitmaximierung. Es kann sich dabei auch um die Inwertsetzung des Reproduktionsbereiches, der Freizeit der Lohnabhängigen und oder um das Luxusleben der Bourgeoisie handeln.

Zeitweise kann so Kapital akkumuliert werden, ohne dass der damit verbundene Zuwachs an Produktivität zu Krisen führt. In solchen Phasen steigt die Nachfrage nach Arbeitskraft. Das

kann bei entsprechender Kampfbereitschaft des Proletariats zu steigenden Löhnen und zu einem höheren Konsum der Lohnabhängigen führen.

Das Kapital kann nur verkaufen, was auch gekauft wird. Weil die Verwendung zusätzlicher Produktivität im Kapitalismus nicht geplant werden kann, sondern sich in anarchischen Bahnen bewegt, bleibt der »Aufschwung, den Anlage suchende Zusatzkapitale [...] der allgemeinen Arbeitsnachfrage« geben können, oft aus und die Arbeitslosigkeit, die »industrielle Reservearmee« nimmt zu.¹³ Das ist eines der unlösbaren Grundprobleme kapitalistischer Produktion.

Karl Marx beschreibt die Entwicklung der Kolonisation ausgehend von der kapitalistischen Akkumulation:

Sobald das Fabrikwesen eine gewisse Breite und einen bestimmten Reifegrad gewonnen hat und die der großen Industrie entsprechenden allgemeinen Produktionsbedingungen hergestellt sind, »erwirbt diese Betriebsweise eine Elastizität, eine plötzliche sprungweise Ausdehnungsfähigkeit, die nur an dem Rohmaterial und dem Absatzmarkt Schranken findet.«¹⁴ Charakteristisch dafür ist, dass innerhalb des Fabrikwesens dessen eigene technische Grundlage, die Maschinerie, selbst wieder durch Maschinen produziert wird. Die Kohlen- und Eisengewinnung, die Verarbeitung der Metalle und das Transportwesen werden durch die technische Entwicklung revolutioniert.

Die Maschinerie bewirkt einerseits direkte Vermehrung des Rohmaterials. Andererseits sind der günstige Preis maschinell erzeugter Waren und das technisch revolutionierte Transport- und Kommunikationswesen Waffen zur Eroberung fremder Märkte, sagt Marx. »Es wird eine neue, den Hauptsitzen des Maschinenbetriebs entsprechende internationale Teilung der Arbeit geschaffen [...].«¹⁵

Durch den Ruin der in den Ländern der kapitalistischen Peripherie ursprünglich ansässigen eigenen handwerklichen Produktion verwandelt der Maschinenbetrieb der kapitalistischen Zentren diese Länder zwangsweise in Produktionsfelder seines Rohmaterials, schreibt Karl Marx.¹⁶ In den kapitalistischen Zentren führt die Vertreibung der Menschen vom Land, die für viele Menschen verlorengegangene Möglichkeit, sich zu ernähren und der Hunger dazu, dass viele Menschen gezwungen sind, auszuwandern um zu überleben. Da die technologische Weiterentwicklung der industriellen Produktion in den kapitalistischen Zentren immer wieder massenhaft Lohnabhängige arbeitslos macht, wird für sie mit den eroberten Kolonien eine Möglichkeit geschaffen, dem absoluten Elend zu entkommen, indem sie dorthin auswandern.¹⁷

Die Überakkumulation von Kapital, das nach weiterer Verwertung verlangt, führt zwangsläufig dazu, dass die eigenen nationalen Grenzen dem expandierenden Kapital zunehmend zu eng werden. Der Konzentrationsprozess des Kapitals geht tendenziell damit einher, dass

gewaltsame Lösungen der krisenhaften Situation den eigenen Wirtschaftsraum erweitern sollen.

Hinzu kommt, dass getrieben durch die Konkurrenz die Kapitalist*innen gezwungen sind, die menschliche Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen bzw. die Maschinen so zu verbessern, dass weniger menschliche Arbeitskraft in der Produktion nötig ist. Dadurch können sie zeitweise einen Extraprofit machen. Da aber die Konkurrenz bei der technologischen Entwicklung des Produktionsprozesses nachzieht, geht dieser Vorteil dem einzelnen Kapital bald wieder verloren. Durch die technologische Entwicklung wird die menschliche Arbeitskraft, die in der Produktion den Wert schafft, zunehmend ersetzt. Dies führt zum tendenziellen Fall der Profitrate.¹⁸

Als eine dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkenden Ursachen nennt Karl Marx den Weltmarkt.¹⁹ Zum einen senkt der »auswärtige Handel« durch billige importierte Lebensmittel die Kosten der Ware Arbeitskraft. Damit kann das Kapital die Rate des Mehrwerts, also den Ausbeutungsgrad der Lohnabhängigen, steigern. Weil die Lohnabhängigen weniger arbeiten müssen um den Gegenwert der für ihr Leben notwendigen Lebensmittel zu erzeugen, kann das Kapital sie länger für die Erzeugung des Mehrwerts und damit für mehr Profit arbeiten lassen. Elemente der Produktionsmittel werden durch Importe insbesondere von Rohstoffen billiger. Auch dadurch verbessert sich das Verhältnis des insgesamt eingesetzten Kapitals zum daraus gewonnenen Profit, die Profitrate steigt also wieder an.²⁰

Die Ausdehnung des auswärtigen Handels war zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise die Basis der ursprünglichen Akkumulation. Durch die innere Notwendigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, »durch ihr Bedürfnis nach stets ausgedehntem Markt« wird der Expansionsdrang nun durch sie selbst verursacht, ist also zu einer ihrer Folgen geworden.²¹

Die Möglichkeit, Kapital außerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zu verwerten, bremst einerseits das Akkumulationstempo und damit den tendenziellen Fall der Profitrate in den kapitalistischen Zentren. Andererseits werden dadurch hohe Profite aus den Kolonien abgeschöpft, so dass ein Teil der Extraprofite zur Befriedung der Arbeiter*innenklasse in den kapitalistischen Zentren verwendet werden kann. Auch Zugeständnisse, die die Lohnabhängigen im Klassenkampf errungen haben, können damit finanziert bzw. ausgeglichen werden. Der Kampf zwischen den imperialistischen Staaten um die Neuaufteilung der Märkte, Gebiete und Einflusssphären mündete in zwei vom deutschen Imperialismus ausgelöste Weltkriege, 1914 und 1939.

Auf dem derzeitigen Weltmarkt und in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Zentren und den Ländern der kapitalistischen Peripherie sowie in deren inneren Konflikten lebt noch vieles aus der »klassischen« Phase des Imperialismus fort, wenngleich die Kolonialimperien als solche zerfallen sind und die Abhängigkeitsstrukturen zwischen

kapitalistischen Zentren und kapitalistischer Peripherie sich verändert haben. Die offene imperialistische Gewalt wird durch nationale Befreiungsbewegungen zurückgedrängt und die schon immer vorhandene ökonomische Abhängigkeit tritt offener zutage.

Im sogenannten Afrikanischen Jahr 1960 entließen Frankreich, Großbritannien, Belgien und Italien nicht zuletzt aufgrund der Systemkonkurrenz zur Sowjetunion und deren Einfluss auf die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika viele afrikanische Kolonien in die formale Unabhängigkeit, um damit zu erreichen, dass ihnen willfährige einheimische Regierungen die Macht übernehmen.²² Aus 18 ehemaligen europäischen Kolonien wurden 17 unabhängige afrikanische Staaten.²³

Mit dem Ende des offenen Kolonialismus in den 1960er Jahren entstanden viele der heute formal unabhängigen Staaten des Trikont.

Damit verbunden war die Verlagerung vom militärischen Imperialismus hin zur imperialistischen ökonomischen Durchdringung.

Eine wesentliche Rolle im weltweiten Klassenkampf spielte die Sowjetunion, die Befreiungsbewegungen in den ehemaligen bzw. zerfallenden Kolonien bzw. dort neu gebildete antiimperialistische Regierungen unterstützte.

Die sowjetische Regierung half beispielsweise Nordkorea während des Koreakriegs u. a. mit Kampfflugzeugen²⁴. Sie unterstützte die von Ho Chi Minh angeführte Befreiungsbewegung der Vietminh im Indochinakrieg, in dem Nordvietnam die Unabhängigkeit von Frankreich erkämpfte.

Insbesondere die antiimperialistischen bzw. antikolonialen Freiheitskämpfe in Afrika wurden von der Sowjetunion stark unterstützt.²⁵ So unterstützte die Sowjetunion die Nationale Befreiungsfront (Front de Libération Nationale, FLN) in Algerien bei ihrem Befreiungskampf gegen Frankreich mit materieller Hilfe. Kuba unterstützte die FLN ab 1961 und half im von Marokko 1963 angezettelten Grenzkonflikt der algerischen Regierung mit einem Truppenkontingent, die 1962 erreichte Unabhängigkeit Algeriens von Frankreich zu verteidigen.

In Mosambik unterstützte die Sowjetunion die Mosambikanische Befreiungsfront (Frelimo) u. a. mit Waffen gegen die portugiesische Kolonialmacht.

In Guinea-Bissau trugen die sowjetischen Waffenlieferungen an die Guerillas der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea und Kap Verde (PAIGC) wesentlich dazu bei, dass deren seit 1963 geführter Kampf gegen die Kolonialmacht Portugal erfolgreich war und sie am 24. September 1973 die Republik Guinea-Bissau ausrufen konnte. Auch Kuba hatte entscheidenden Einfluss im Unabhängigkeitskrieg von Guinea-Bissau gegen Portugal von 1966 bis 1974.²⁶

Nachdem die portugiesische Kolonialherrschaft in Angola nach der Nelkenrevolution in Portugal zusammengebrochen war, unterstützte die Sowjetunion die Volksbewegung für die Befreiung Angolas (Movimento Popular de Libertação de Angola, MPLA) im Bürger*innenkrieg gegen die reaktionären nationalen Befreiungsbewegungen FNLA und UNITA, die von den USA und Südafrika unterstützt wurden. Eine wesentliche Rolle spielte die Unterstützung durch die kubanische Regierung. Nur durch das Eingreifen aus insgesamt etwa 400 000 Freiwilligen bestehender kubanischer Truppen und die Unterstützung durch die Sowjetunion konnte überhaupt im jahrzehntelangen Bürger*innenkrieg der Gedanke an Befreiung bewahrt werden. Die Portugiesische Revolution 1974 wäre ohne die afrikanischen Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien nicht denkbar gewesen.

Die Unabhängigkeitsbewegung Eritreas gegen die Annektion der Region durch Äthiopien unterstützte die Sowjetunion, indem sie der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) bis 1975 Geld, Waffen und Munition lieferte.

Im Konflikt zwischen Äthiopien und Somalia stand die Sowjetunion zunächst auf Seiten Somalias. Nachdem jedoch der marxistisch orientierte Mengistu Haile Mariam nach einem Militärputsch die Regierung in Äthiopien übernahm, und die Regierung in Somalia sich stärker den kapitalistischen Zentren zuwandte, unterstützte die Sowjetunion ab 1978 die äthiopische Regierung mit militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe. Kubanische Truppen trugen wesentlich dazu bei, dass Äthiopien 1978 den Krieg gewinnen konnte, den die somalische Regierung 1977 begonnen hatte, um das zu Äthiopien gehörende Gebiet der Ogaden zu erobern.

Insgesamt war der Regierung unter Fidel Castro die internationale Solidarität in Afrika auf ziviler und militärischer Basis sehr wichtig. Che Guevara hat an Befreiungskämpfen in Afrika teilgenommen.

Der unabhängige Staat Ghana wurde 1957 aus der ehemaligen britischen Kolonie Goldküste und der ehemaligen deutschen Kolonie Togo, die seit dem Ende des Ersten Weltkriegs als Britisch-Togoland von Großbritannien verwaltet wurde, gegründet. Die sowjetische Regierung hatte enge Beziehungen zu Ghanas Premierminister Kwame Nkrumah, bevor er 1966 durch den proimperialistischen Nationalen Befreiungsrat (NCL) gestürzt wurde. Nachdem Guinea 1958 die Unabhängigkeit von der Kolonialmacht Frankreich errungen hatte, unterstützte die Sowjetunion das Land bis 1961 im Konflikt gegen Frankreich, lieferte Maschinengewehre, Munition und gepanzerte Fahrzeuge und kaufte im Gegenzug Bananen, Kaffee und Zucker.

Kurz nach der Unabhängigkeit der Demokratischen Republik Kongo von der Kolonialmacht Belgien am 30. Juni 1960 wurde der neu ernannte und antiimperialistisch orientierte Premierminister Patrice Émery Lumumba unter Beteiligung des Belgischen Militärs und der CIA

ermordet. Einer der Gründe dafür war, dass er angedeutet hatte, sich von der Sowjetunion beim Kampf gegen die von der belgischen Regierung geförderten Sezessionsbestrebungen Moïse Tschombé unterstützen zu lassen. Tschombé war der Gouverneur der rohstoffreichen Provinz Katanga, in der der belgische Konzern Société Générale de Belgique etwa die Hälfte seiner jährlichen Profite erwirtschaftete.

Die ehemalige Kolonie Libyen war im zweiten Weltkrieg von Großbritannien und Frankreich besetzt und 1951 in die Unabhängigkeit entlassen worden. Schon vor der Regierungsübernahme durch Muammar al-Gaddafi 1969 war Libyen ein antiimperialistischer Verbündeter der Sowjetunion, den die sowjetische Regierung mit Waffenlieferungen unterstützte.

Nachdem die Mali-Föderation, in der sich die ehemaligen französische Kolonien Französisch-Sudan und Senegal Anfang 1959 vereinigt hatten, Mitte 1960 auseinandergebrochen war, gab es militärische und kulturelle Verbindungen zwischen der neu gegründeten Republik Mali und der Sowjetunion.

In Namibia, vor dem ersten Weltkrieg neben Togo, Kamerun, Ruanda und Burundi eine der deutschen Kolonien in Afrika, erhielten die Guerillakämpfer*innen der South-West Africa People's Organisation (SWAPO) militärische und finanzielle Unterstützung aus der Sowjetunion im Kampf gegen die Besatzungsmacht Südafrika und die Apartheid im südlichen Afrika. In Rhodesien, dem späteren Simbabwe, unterstützte die Sowjetunion die Afrikanische Volksunion von Simbabwe (Zimbabwe African People's Union, ZAPU) bei ihren Kämpfen gegen die britische Kolonialmacht und die Apartheid u. a. durch die Ausbildung von Kämpfer*innen und der regelmäßigen Lieferung schwerer Waffen. Von Tansania aus lieferte die Sowjetunion Waffen an den African National Congress (ANC) in Südafrika für den Kampf gegen das Apartheidregime.

In Niger half die Sowjetunion den Guerillakämpfer*innen der Sawaba-Partei im Kampf gegen den von Frankreich gestützten Staatspräsidenten Hamani Diori und dessen diktatorisches Einparteiensystem.

Zu Uganda, das 1962 von Großbritannien unabhängig geworden war, baute die sowjetische Regierung 1969 erste diplomatische Beziehungen auf, als dort Milton Obote regierte. Während der Regierungszeit seines Nachfolgers Idi Amin als Staatsoberhaupt wurde die Sowjetunion der größte Waffenlieferant Ugandas.²⁷

Die Regierungen in Syrien, Indien, Irak, Ägypten waren mindestens zeitweise beeinflusst vom damaligen Realsozialismus.²⁸

Nachdem die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (Frente Sandinista de Liberación Nacional, FSLN) am 19. Juli 1979 gegen die von den USA unterstützte Somoza-Diktatur

gesiegt hatte, half ihr die Sowjetunion insbesondere mit Waffen und Munition bei ihrem Kampf gegen die sogenannten Contras, proimperialistische Paramilitärs, die von der CIA unterstützt wurden.²⁹ Um die Nicaraguanische Revolution zu sichern, half die Sowjetunion auch wirtschaftlich.³⁰

Der Charakter dieser antikolonialen bzw. antiimperialistischen Befreiungsbewegungen konnte zunächst objektiv nur ein nationaler Prozess der Befreiung von der Kompradorenbourgeoisie, die dem Kolonialismus bzw. Imperialismus diene, sein. Das Ziel vieler nationaler Befreiungsbewegungen war anfangs auch die soziale Befreiung, d. h. die Befreiung vom Kapitalismus. Mit der Übernahme der nationalen Herrschaft, mit der nicht aufgelösten Einbindung in den kapitalistischen Weltmarkt, kam die Rückentwicklung in den jeweiligen Nationalismus. Neben den Zwängen des Weltmarkts, den Interessen der Sowjetunion, die keinen konkurrierenden Sozialismus wollte und mit ihrer Volksfrontorientierung nur die Etablierung bürgerlicher Herrschaft nach der Zerschlagung feudaler Strukturen anstrebte, werden die Grundlagen des Auflebens nationaler Identitäten nicht zerschlagen.

»So richtig es ist, dass das Volk sich selbst aus seiner Knechtschaft befreien muss, so richtig ist es auch, dass es sich zuerst von dem befreien muss, was von der Gesellschaft, in der es lebt, aus ihm gemacht wurde«³¹, schreibt Herbert Marcuse 1972.

Die Zerschlagung der feudalen Strukturen, ihrer Apparate, Ideologien und ihrer Prägung der Subjekte kann nur durch eine radikale kulturelle Veränderung der Subjekte im revolutionären Prozess über die Eroberung nationaler Herrschaft hinaus erfolgreich sein.

Seit den 1990er Jahren sind die kapitalistischen Zentren wieder in der Lage ungehemmt imperialistische Kriege zu führen. Die veränderte Lage der Welt nach dem Zerfall der Sowjetunion macht auch ein direktes militärisches Engagement der kapitalistischen Zentren in den ehemaligen Kolonien, heute insbesondere in Afrika, wieder möglich. Die Regierungen der imperialistischen Staaten versuchen, mit neuen Kriegseinsätzen ihren Einfluss zu stabilisieren und zu erweitern. Auch Deutschland versucht auf diesem Wege Einfluss in afrikanischen Ländern zu bekommen. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die damit verbundenen Einschränkungen der imperialistischen Handlungsfähigkeit schloss diese Einflussnahme jahrzehntelang aus. Heute stehen Soldat*innen der Bundeswehr wieder in 6 afrikanischen Ländern: Mali, Dschibuti, Somalia, Sudan, Südsudan und Westsahara.³²

Auch ohne Kolonialmacht in Afrika gewesen zu sein, nehmen die USA massiv Einfluss auf den Kontinent, der für sie von großer ökonomischer und geostrategischer Bedeutung ist. In Dschibuti, wichtig u. a. als militärischer und geostrategischer Stützpunkt beim Zugriff auf die Energie-Ressourcen der arabischen Halbinsel und Ägyptens, haben die USA dauerhaft 400 – 500 Soldat*innen stationiert. US-Spezialkräfte und -Militärberater sind in Kenia und Äthiopien, den wichtigsten militärischen Verbündeten der USA in Afrika, auf den Seychellen

sowie in Uganda und Ruanda aktiv. Von der von Kenia kontrollierten südsomalischen Hafenstadt Kismayo führen US-Spezialkräfte mit Drohneneinsätzen u. a. gezielte, völkerrechtswidrige – weil außergerichtliche – Tötungen von Kämpfer*innen der islamistischen Al-Shabaab-Miliz in Somalia durch.³³ Das kolonial-imperialistische »einfache Töten« von Afrikaner*innen findet hier eine Fortsetzung auf neuer technischer Stufe. Drohnen sind für das US-amerikanische Kriegsministerium derzeit das Hauptkriegsinstrument in Afrika.³⁴

Das US-Militär ist in 90 Prozent der 54 afrikanischen Staaten präsent. Dabei verfolgt es überwiegend das Konzept kleiner sogenannter Cooperative Security Locations (CSL). Das sind Spezialeinheiten mit geringer Truppenstärke, die im Bedarfsfall von großen Militärbasen und Marineverbänden aus in kurzer Zeit verstärkt werden. CSL befinden sich unterhalb der Sahelzone auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.³⁵

Mehr oder weniger offene imperialistische Kriege werden heute in der Regel geführt nicht gegen antikapitalistisch orientierte Bemühungen um nationalstaatliche Eigenständigkeit, sondern gegen ökonomisch ins kapitalistische System integrierte, aufstrebende Nationalstaaten wie z. B. den Irak unter Saddam Hussein, die sich gegen die Hegemonieansprüche der kapitalistischen Zentren zur Wehr setzen bzw. sich querstellen. Insbesondere die USA nutzen immer wieder die militärische Option. Wenn Staaten in ökonomisch wichtigen Regionen stark werden, können sie von den kapitalistischen Zentren auch gegeneinandergehetzt werden.

Die Militärische Doktrin der Sicherung des freien Zugangs zu Rohstoffen und Märkten ist Ausdruck der Kontinuität imperialistischer Strategien.

In den Verteidigungspolitischen Richtlinien der CDU/CSU/FDP-Regierung von 2011 hieß es:

»Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören:

- Krisen und Konflikte zu verhindern, vorbeugend einzudämmen und zu bewältigen, die die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten beeinträchtigen;

[...]

- einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.«³⁶

Im aktuellen »Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« erhob die CDU/CSU/SPD-Regierung den imperialistischen Anspruch Deutschlands auf die »Ungehinderte Nutzung von Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie die Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung«. Sie begründete diesen Anspruch wie folgt: »Unsere Wirtschaft ist ebenso auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege angewiesen wie auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme. Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der hohen See sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von herausragender Bedeutung. Störungen unserer Versorgungslinien durch

Piraterie, Terrorismus und Regionalkonflikte können Auswirkungen auf den Wohlstand unseres Landes haben. Auch Weltraumsicherheit entwickelt sich für die Staatengemeinschaft zu einem zentralen Faktor. Raumfahrtanwendungen und insbesondere Satellitensysteme sind elementarer Bestandteil unserer kritischen Infrastruktur. Von ihnen hängen die nationale und internationale Kommunikation und Navigation in allen Dimensionen entscheidend ab. Deutschland muss sich daher für die ungehinderte Nutzung der Land-, Luft- und Seeverbindungen ebenso wie des Cyber-, Informations- und Weltraums einsetzen. Die fortlaufende Überprüfung und Weiterentwicklung ordnungsstiftender Vereinbarungen und Institutionen ist eine wesentliche Zukunftsaufgabe.«³⁷

Auch sich selbst als links verstehende Autor*innen vertreten zum Teil die These, die zunehmende Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise führe in einen Prozess der Auflösung der Nationalstaaten. Dies habe zur Folge, dass die imperialistische Charakteristik der kapitalistischen Produktionsweise verschwinden werde. Dementgegen muss festgestellt werden, dass der zu beobachtende Prozess keineswegs das imperialistische Ausbeutungsverhältnis zwischen den Zentren und der Peripherie beseitigt, sondern lediglich auf höherem Niveau reorganisiert.

Grundlage dieses Prozesses ist das Fortbestehen der kapitalistischen Konkurrenz trotz des Monopolisierungsprozesses bzw. des Konzentrationsprozesses. Er findet vorläufig langfristig seine Zuspitzung in der Festigung dreier führender kapitalistischer Zentren, die in Konkurrenz zueinander stehen in der weltweiten Unterdrückung der peripheren kapitalistischen Länder. Ähnliche Prozesse lassen sich branchenspezifisch beschreiben. Neben den etablierten kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa ist das dritte, neue kapitalistische Zentrum die Volksrepublik China, während Japan absteigt zu einem Subzentrum der USA.

China befindet sich insbesondere in Afrika in Konkurrenz zu den kapitalistischen Zentren USA und EU-Europa bei der ökonomischen Durchdringung von Ländern, aus denen für die kapitalistische Produktion besonders begehrte bzw. seltene Rohstoffe zu holen sind.

China beabsichtigt bei seinem Engagement der ökonomischen Durchdringung in Afrika keine Entwicklung im Interesse der dort lebenden Menschen. Die Entwicklungsprojekte der chinesischen Regierung bezüglich der Infrastruktur in afrikanischen Ländern sind den Ausbeutungsinteressen des chinesischen Kapitals unterworfen. In den chinesischen Infrastrukturprojekten werden in der Regel keine einheimischen, afrikanischen Menschen beschäftigt, sondern die Konzerne bringen Lohnabhängige aus China mit.

Inzwischen ist das chinesische Kapital der wichtigste Handelspartner der Länder des afrikanischen Kontinents und der größte Investor und der zweitgrößte Handelspartner in Lateinamerika.³⁸

In der Diskussion um den Imperialismus tauchen immer wieder Theorien wie die eines Ultraimperialismus, eines Superimperialismus oder des sogenannten Empire auf. Sie laufen darauf hinaus, die Aggressivität des Imperialismus zu verharmlosen.

Der Urheber der These eines Ultraimperialismus ist Karl Kautsky, ein Vertreter des Zentrums der Sozialdemokratie. Er sah in der transnationalen Ausdehnung multinationaler Konzerne ein den Imperialismus befriedendes Element, weil der nationalstaatlichen Verankerung der Großkonzerne damit die Grundlage entzogen werde. Kautsky bezog sich dabei auf die Herausbildung monopolistischer Strukturen und zum Teil internationaler Kartelle, die im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert in den die kapitalistische Wirtschaft beherrschenden Branchen zu beobachten war. Lenin kritisierte Kautsky scharf. Für ihn waren die friedlichen Phasen nur Ausdruck des jeweils temporären Kräfteverhältnisses, nur »Atempausen« zwischen den Kriegen: »Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf *ein und demselben* Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik.«³⁹ Nach Lenin »kann das Monopol unter dem Kapitalismus die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und auf sehr lange Zeit ausschalten [...]«. ⁴⁰ Gerade die nationalstaatliche Verankerung und der Schutz der Monopole durch den Nationalstaat birgt die Gefahr neuer Kriege in sich.

Die Vertreter*innen des Superimperialismus behaupten, der klassische Imperialismus sei abgelöst worden durch die Hegemonie einer einzigen imperialistischen Großmacht. Die konfliktträchtige, kriegerische innerimperialistische Konkurrenz ist damit befriedet. Diese Vorstellung kommt hauptsächlich aus den USA, z. B. vertreten in den 1970er Jahren von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy. Nach Pierre Jalée hat sich der US-amerikanische Imperialismus zu einem Superimperialismus entwickelt, der die übrigen Imperialismen kontrolliert und sich zu diesen verhält wie ein Großkonzern zu seinen Tochtergesellschaften.⁴¹ Die USA sind zwar militärisch führend, weil sie die führende Atommacht sind, falsch ist aber, dass die innerimperialistische Konkurrenz der kapitalistischen Zentren nicht mehr existiert. Den mit dem Superimperialismus verbundenen Militarismus und die enorme Rüstungswirtschaft analysieren Baran und Sweezy als einen staatlich finanzierten Ausweg aus der kapitalistischen Überproduktion.⁴²

Die Theorie des Empire von Michael Hardt und Antonio Negri geht in dieselbe Richtung wie die Theorie des Ultraimperialismus. Sie beschreibt die Unterwerfung der gesamten kapitalistischen Welt unter die Herrschaft des internationalen Kapitals. Das Empire ist die »Ordnung des Gesamtkapitals«. ⁴³ Dieser Herrschaft gegenüber steht die sogenannte Multitude, die Gesamtheit der verschiedenen vereinzelter Menschen. Ihnen gemeinsam ist, dass sie durch das international verflochtene Kapital ausgebeutet werden. Auf dem Weltmarkt stehen sich »Kapital und Arbeit [...] direkt antagonistisch gegenüber.«⁴⁴ Der Widerspruch zwischen

Kapital und Arbeit ist gleichbedeutend mit dem Widerspruch zwischen Empire und Multitude.⁴⁵

Der Imperialismus verstanden als konflikträchtige innerimperialistische Konkurrenz nationalstaatlich verankerter Kapitalfraktionen vertreten durch ihre jeweiligen ideellen Gesamtkapitalisten existiert in keiner der genannten Vorstellungen mehr.

Hier wird übersehen oder ausgeblendet, dass wesentliche Merkmale des Imperialismus fortbestehen und sich stabilisieren. Dazu gehört die Aufrechterhaltung der internationalen Arbeitsteilung, des ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisses der peripheren Regionen von den Zentren, des Handelsmonopols der kapitalistischen Zentren auf dem Weltmarkt, der Nationalstaatlichkeit der bzw. in den Zentren, sowie die nationalstaatliche Verankerung auch des transnationalen Kapitals, das auf die verlässliche Vertretung durch einen ideellen Gesamtkapitalisten zur Durchsetzung seiner Interessen angewiesen ist. Auch bei noch so multinationalen Konzernen sind die Entscheidungen bezüglich der internationalen Verflechtungen rückbezogen auf die Interessen eines oder mehrerer nationaler Stammkapitale.

Die Ansätze des Ultraimperialismus, des Superimperialismus und des Empires sind anschlussfähig an die bürgerliche Imperialismuskritik, die den Imperialismus lediglich in Bezug auf die Machtfrage betrachtet und nicht auf Grundlage einer politökonomischen Analyse.

Rudi Dutschke kritisierte an der Leninschen Imperialismustheorie, dass Lenin bei seiner Analyse die mit der Akkumulation des Kapitals verbundenen Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals aus den Augen verloren hatte. Die Überbetonung der Entwicklung der Monopole bei Lenin war einem nur begrenzten Zeitraum geschuldet, den er beim Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals überschauen konnte.

Der kapitalistische Verwertungsprozess ist Schwankungen unterworfen und folgt keiner linearen Entwicklung. Dutschke bezieht sich auf Christel Neusüss, die schreibt: »Für Marx war die Krise des Kapitals, als die Schranke, welche sich in zyklischen Abständen der Verwertung der Einzelkapitale bei der Produktion und Realisierung des Mehrwertes entgegenstellt, die Grundlage für den zeitweisen Umschlag der ›praktischen Brüderschaft‹ der Kapitalistenklasse (nämlich bei der Teilung des Profits in Phasen flotter Akkumulation) in einen Kampf ›feindlicher Brüder‹ ... Lenin hingegen bestimmt die Anwendung des Mittels der Gewalt innerhalb des Konkurrenzkampfes der Kapitale nicht mehr aus der jeweiligen Verwertungssituation des Kapitals, sondern aus seiner neuen Existenzform als Monopol [...].«⁴⁶ Lenin leitet daher die imperialistische Gewalt aus den Kräfteverhältnissen der verschiedenen nationalen Monopole und der sie vertretenden Staaten zueinander ab. Damit trennt er die Frage, ob die Formen des Konkurrenzkampfes der nationalen Kapitale friedlich oder unfriedlich sind, von der Frage der Verwertungssituation des Kapitals ab.⁴⁷

Für Lenin ist der Imperialismus das höchste und damit letzte Stadium des Kapitalismus. Der Imperialismus ist für ihn ein Übergangskapitalismus, ein sterbender Kapitalismus.⁴⁸ Er sah in der zunehmenden staatlichen Einflussnahme innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise einen Prozess der Vergesellschaftung und darin die gesellschaftliche Voraussetzung für eine bevorstehende erfolgreiche sozialistische Revolution.⁴⁹

Lenin unterschätzte die Flexibilität der kapitalistischen Produktionsweise. Insbesondere die Produktivkräfte entwickeln sich weiter, neue Branchen und Produktionssparten entstehen, damit zerfallen auch Konzerne bzw. werden umgebildet, neue Konkurrenzsituationen entstehen durch neue Technologien.

Rosa Luxemburg sah den Kapitalismus mit dem Imperialismus als seine letzte Phase untergehen. Ohne neu eroberebare Regionen ginge dem Kapitalismus der unbedingt notwendige Zufluss von Werten von außen verloren. »Der Imperialismus ist der politische Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus.«⁵⁰ Luxemburg sah die Ursache für die kapitalistische Krise in dem andauernden Problem, den in der Produktion geschaffenen Mehrwert realisieren zu können. Den Mehrwert durch den Verkauf der Produkte zu realisieren ist die Grundlage für die erweiterte Reproduktion des Kapitals, für das kapitalistische Wachstum.

Für Luxemburg ist die Schwierigkeit, dass auf Grundlage dieser erweiterten Reproduktion ein Zuwachs an Produkten entsteht, die vom bisherigen kapitalistischen Markt nicht aufgenommen werden können, ein absolutes Problem, das innerhalb des gegebenen Marktes nicht gelöst werden kann. Sie schreibt: »Die Realisierung des Mehrwerts ist in der Tat die Lebensfrage der kapitalistischen Akkumulation.«⁵¹ Und: »Das Schema der erweiterten Reproduktion weist bei näherem Zusehen selbst in allen seinen Beziehungen über sich hinaus auf Verhältnisse, die außerhalb der kapitalistischen Produktion und Akkumulation liegen.«⁵²

Daher müsse der durch die erweiterte Reproduktion des Kapitals geschaffene Mehrwert in nichtkapitalistischen Zusammenhängen realisiert werden. Durch diesen Prozess werden die nichtkapitalistischen Strukturen aber selbst zunehmend in die kapitalistische Produktionsweise eingegliedert.⁵³

Luxemburg schreibt dazu: »Je gewalttätiger, energischer und gründlicher der Imperialismus aber den Untergang nichtkapitalistischer Kulturen besorgt, um so rascher entzieht er der Kapitalakkumulation den Boden unter den Füßen. Der Imperialismus ist ebensowohl eine geschichtliche Methode der Existenzverlängerung des Kapitals wie das sicherste Mittel, dessen Existenz auf kürzestem Wege objektiv ein Ziel zu setzen.«⁵⁴ Sie schränkt ein, dass dies nur eine Tendenz sei und der genaue Endpunkt dieser Entwicklung nicht konkret abzusehen sei. Andererseits wurden schon zu ihrer Zeit die Spielräume, nichtkapitalistische

Produktionsverhältnisse zur Realisierung des Mehrwerts auszunutzen so eng, dass sie davon ausging, dass der Kapitalismus sich in seiner Schlussphase befände.⁵⁵

Sie sah nicht, dass der Kapitalismus auch innerhalb der bestehenden Märkte neue Bedürfnisse schaffen, hervorrufen oder bisher unbefriedigte abdecken kann und es letztlich nur darum geht, dass der im Verwertungsprozess von den Lohnabhängigen geschaffene Wert des Mehrprodukts sich immer bei den Kapitalist*innen anhäuft. Es gibt also ohne erfolgreichen Klassenkampf des Proletariats bzw. der Lohnabhängigen kein ökonomisch bestimm-bares Ende des Kapitalismus.

Der Zerstörungsprozess von Mensch und Natur war immer ein Wesensmerkmal des Kapitalismus und des Imperialismus, heute bekommt die Naturzerstörung mit zunehmender Quantität eine neue Qualität: Ökoimperialismus bewirkt die endgültige Zerstörung der heutigen natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen der Menschen, z. B. durch die Atomspaltungs- und Atomfusionsenergie in ihrer militärischen oder zivilen Variante und die Zerstörung der Atmosphäre mit der Folge der Klimakatastrophe. War die Plünderung der Ressourcen der unterworfenen, zum großen Teil zerstörten und dann unterentwickelt gehaltenen Länder der kapitalistischen Peripherie ein Merkmal des Kolonialismus und Imperialismus von Anfang an, so wird nun in umgekehrter Richtung Gift und Giftmüll von den kapitalistischen Zentren dorthin exportiert.

Die kapitalistische Produktionsweise ist mit einem spezifischen Stoffwechselverhältnis zwischen Mensch und Natur verbunden. Es ist bestimmt von der permanenten Inwertsetzung der Natur. Sowohl die Nutzung bestimmter natürlicher Ressourcen ist begrenzt, als auch die Möglichkeiten, die Natur durch die kapitalistische Produktion zu beeinträchtigen ohne die Verwertungsgrundlagen zu zerstören. So finden in beiderlei Hinsicht kapitalistische Verteilungskämpfe um die profitable Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen statt.

Die Analyse der fortschreitenden kapitalistischen Durchdringung und Inwertsetzung als Ökoimperialismus betont auf der Ebene des Weltmarkts, dass die ökologische Frage nicht gelöst werden kann ohne die Lösung der sozialen Frage.

Ursprünglich in den 1960er Jahren in Lateinamerika entwickelt, wurde die sogenannte Dependenztheorie in Deutschland in den 1970er Jahren insbesondere durch Dieter Senghaas verbreitet. Dabei wird der sogenannte ungleiche Tausch von Waren als Grundlage der Unterentwicklung angesehen. Ursache der Benachteiligung der kapitalistischen Peripherie gegenüber den kapitalistischen Zentren ist aber ihre im Vergleich zu niedrige industrielle Produktivität. Das kapitalistische Wertgesetz kennt keine moralisch interpretierbare Ungerechtigkeit. Die Dependenztheorie ist also ein untauglicher Versuch eines kapitalismus-immanenten Auswegs für die unterentwickelt gehaltenen Länder.

Tatsächlich kommt zum Handelsmonopol der kapitalistischen Zentren auf dem Weltmarkt die finanzielle Abhängigkeit der Peripherie und damit die Unmöglichkeit, sich eine eigene industrielle Basis aufzubauen. Die Kolonien und informell beherrschte, wirtschaftlich durchdrungene Gebiete haben dabei bestenfalls die Möglichkeit, statt eines eigenen Kapitalstocks die ihnen geraubten Werte durch bei den kapitalistischen Zentren geliehenes Kapital zu ersetzen. Aber das vom Keynesianismus beeinflusste Konzept der sogenannten nachholenden Entwicklung war auf Sand gebaut und trieb die Länder der kapitalistischen Peripherie in eine katastrophale dauerhafte Schuldenkrise. Sie konnten die zu hoch angesetzten Zinsen nicht bezahlen, geschweige denn die Kredite tilgen. So wurden ihre Schulden immer höher.

Radikal dagegen, weil über kapitalismuskonforme Lösungen hinausgehend, war die Forderung Fidel Castros nach der vollständigen Entschuldung der kapitalistischen Peripherie bzw. nach der Weigerung der kapitalistischen Peripherie, die auf Ausbeutungsverhältnissen beruhenden Kredite an die kapitalistischen Zentren zurückzuzahlen.

Eine weitere Schwäche der Dependenztheorie ist, dass sie die innerimperialistischen Konflikte zwischen den kapitalistischen Zentren und solchen zwischen einem kapitalistischen Zentrum und aufstrebenden kapitalistischen Staaten nicht beschreiben kann. Historisch gesehen hat einzig die für das Kapital aus den Zentren profitable Auslagerung industrieller Arbeitsprozesse von den kapitalistischen Akteur*innen unbeabsichtigte Entwicklungsmöglichkeiten für Länder der kapitalistischen Peripherie geboten.⁵⁶ Die Volksrepublik China konnte sich auf Grundlage der militärischen Absicherung durch den Besitz der Atombombe, einer zentral gelenkten Wirtschaft, einem Staatskapitalismus, der mit basisdemokratischem Kommunismus nichts zu tun hat, erfolgreich zu einer regionalen kapitalistischen Großmacht und schließlich zu einem kapitalistischen Zentrum entwickeln. Wesentlich dabei war, dass billige Arbeiter*innenmillionenfach in Form der Wanderarbeiter*innen verfügbar waren, für die industrielle Produktion notwendige Technik importiert und angeeignet und darauf aufbauend eine auch eigenständige industrielle Produktion für den Export entwickelt werden konnte.

Um die Verschuldung einzudämmen kamen die sogenannten Strukturanpassungsprogramme von den internationalen Agenturen des Kapitals. Diese sind in Wirklichkeit brutale Verarmungsprogramme. Sie bedeuten die völlige Unterwerfung der staatlichen Politik der unterentwickelt gehaltenen Länder unter das Diktat der kapitalistischen Zentren und ihrer Agenturen IWF und Weltbank. Zwischen 1981 und 1997 wurden 37 Ländern in Afrika Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen.⁵⁷

Heute werden vom kapitalistischen Zentrum EU-Europa den afrikanischen Ländern unter Drohungen, Strafzölle auf ihre Exportprodukte zu verhängen, sogenannte EPAs (Economic Partnership Agreements) nach Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) aufgezwungen. Mit den EPAs werden gewisse Schutzrechte, die die ehemaligen europäisch beherrschten Kolonien als Hinterhof des kapitalistischen Zentrums EU-Europa im Handel

mit den EU-Staaten noch hatten, aufgehoben. Sie waren im Lomé-Abkommen geregelt, das durch die EPAs abgelöst wird. Die EPAs sind Freihandelsabkommen des kapitalistischen Zentrums EU-Europa mit einzelnen Ländern oder Ländergruppen.⁵⁸

In Kamerun war 2006 der für die eigene Geflügelproduktion ruinöse Import billigen, minderwertigen, zum großen Teil mit Salmonellen verseuchten und von der EU-subventionierten Geflügelfleisches verboten worden.⁵⁹ Mit der Ratifizierung des EPAs musste die Regierung das Importverbot für das europäische Abfallfleisch aufheben. In Kamerun könnten auch andere Lebensmittel wie Milch, Zucker und Speiseöl selbst produziert werden. Aber subventionierte Agrarprodukte, die das EU-europäische Kapital ungehindert nach Kamerun importieren darf, verhindern dieses.⁶⁰ Die mit den EPAs verbundenen Handelserleichterungen von der kapitalistischen Peripherie in Afrika ins kapitalistische Zentrum EU-Europa, nützen in der Regel europäischen Konzernen, die in Afrika produzieren. So werden von französischen Konzernen 220 000 Tonnen Bananen und 9 500 Tonnen Ananas exportiert.⁶¹ Die EPAs zielen darauf ab, Afrika als billigen Rohstofflieferanten zu erhalten und die Entwicklung afrikanischer Industrien weitgehend zu verhindern.⁶²

Das Kapital braucht verlässliche, möglichst großräumige Verwertungsmöglichkeiten. Pläne des Kapitals, Großwirtschaftsräume zu schaffen haben die Phase des klassischen Imperialismus begleitet.

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begannen Vertreter des deutschen Kapitals Pläne zu schmieden, wie ihm entweder militärisch oder durch Zollunionen mit anderen Ländern ein Großwirtschaftsraum geschaffen werden könnte. Das erklärte Ziel war dabei zunächst Großbritannien den Rang als Weltmacht streitig zu machen. Der rasante wirtschaftliche Aufschwung des US-Kapitals und die Expansion der USA ließen dann einen europäischen Zusammenschluss notwendig erscheinen, der auch England miteinschloss, um den Aufstieg der USA zur Weltmacht zu verhindern.

Im Zusammenhang mit dem Sieg im von der preußischen Regierung provozierten Krieg gegen Frankreich 1870/71 vereinigten sich die Staaten des Norddeutschen Bundes unter Führung Preußens mit den süddeutschen Kleinstaaten zum deutschen Kaiserreich.

Die beiden deutschen Versuche mit Weltkriegen, den für das deutsche Kapital notwendigen Großwirtschaftsraum auf eigene Faust gewaltsam zu schaffen, scheiterten mit der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Befreiung vom NS-Faschismus durch die Alliierten. Die Bildung EU-Europas unter maßgeblicher Beteiligung und bald unter der Hegemonie der BRD stellte die nichtkriegerische Alternative dar. Mit ihr wurde eine europäische Freihandelszone für das exportorientierte Kapital geschaffen, den die Herrschenden kontinuierlich erweitern konnten.

Seit den 1970er Jahren wurden grundlegend neue Produktionstechnologien und Produkte entwickelt, das Kapital konzentriert und zentralisiert sich weiter, erkämpfte Rechte der Arbeiter*innen und Sozialleistungen werden abgeschafft, wenn es keine starke Gegenmacht der Lohnabhängigen gibt. Neue Konzerne entstehen, die weltweit operieren und sich gegen die innerimperialistische Konkurrenz durchsetzen müssen. Maximal ein halbes Dutzend Konzerne mit eigener Systementwicklung kann je Branche auf dem Weltmarkt überleben. Die Konzernstrategen müssen deshalb in mindestens zwei der drei zentralen Regionen Europa, Nordamerika und Ost- bzw. Südostasien agieren. Im Rahmen dieser Strategie werden regionale Großwirtschaftsräume geschaffen. Diese Räume werden entweder von einem kapitalistischen Zentrum beherrscht und sind mit dessen räumlichen Ausdehnung nahezu deckungsgleich (NAFTA) oder sie haben wie in Südostasien die Form einer zukünftigen Freihandelszone (APEC), in der sich die innerimperialistische Konkurrenz zwischen den USA und Japan ausdrückt. In ihnen sollen Hindernisse für Waren- und Kapitalströme beseitigt werden. Das bringt dem jeweils stärksten nationalen Kapital maximalen Profit. Vor allem in den ökonomisch schwächeren Gesellschaften führt es gleichzeitig zu verschärfter Ausbeutung und Armut.

Die sogenannten Freihandelsabkommen dienen dem weltmarktorientierten Kapital. In seinem Interesse schaffen die ideellen Gesamtkapitalisten, die Nationalstaaten, Großwirtschaftsräume, um die Profitmaximierung der großen international operierenden Konzerne zu garantieren.

Bei Verträgen, die sowohl kapitalistische Zentren als unterentwickelt gehaltene Länder einschließen, sind die Verlierer*innen wieder die große Zahl der Menschen in den unterentwickelten Ländern. Anfänge einer kapitalistischen Produktion in unterentwickelten Ländern können der uneingeschränkten Konkurrenz des Kapitals aus den kapitalistischen Zentren nicht standhalten und werden zerstört.

Mexiko als Mitgliedstaat des NAFTA-Abkommens ist ein Beispiel dafür, wie durch Freihandelsabkommen weitere Nachteile in den unterentwickelt gehaltenen Ländern entstehen. Das US-Kapital erhielt durch das Abkommen z. B. einen privilegierten Zugang zu den bis dahin geschützten Bank- und Finanzsektoren und zum Verkehrswesen Mexikos. Dies war verbunden mit einem Wettbewerbsvorteil gegenüber dem EU-europäischen Kapital.

Mexiko bekam nur wenige Billigarbeitsplätze von aus den USA ausgelagerten Autofabriken. Die Arbeitsbedingungen in Fabriken, in denen die extrem schlecht bezahlten Lohnabhängigen für die US-Textilindustrie arbeiten, gehören zu den schlechtesten weltweit. Die NAFTA erlaubte es den USA subventionierte Lebensmittel ohne Zollschränken auf den mexikanischen Markt zu bringen. Damit ruinierten sie im Agrarsektor im Süden Mexikos mehr Arbeitsplätze als in den Fabriken im Norden Mexikos an der Grenze zu den USA geschaffen

wurden. In den ersten fünf Jahren nach dem Inkrafttreten der NAFTA sanken die Löhne im mexikanischen Agrarbereich um 60 Prozent.⁶³

Das im Moment auf Eis gelegte TTIP-Abkommen zwischen den USA und EU-Europa ist der Versuch von zwei der etablierten kapitalistischen Zentren, sich gemeinsam gegen die Konkurrenz des neuen kapitalistischen Zentrums Volksrepublik China zu behaupten. Geplant ist u.a. ein spezielles von staatlicher Kontrolle unabhängiges Schiedsgericht, das im Konfliktfall die Investitionen des jeweils ausländischen Kapitals sichern soll. Dabei handelt es sich um ein imperialistisches Instrument, das die Interessen des Kapitals im Ausland schützen soll, wie es zu Beginn des Imperialismus die Militärmaschinerie des Staates tat, aus dem das Kapital stammt.

Freihandelsabkommen des kapitalistischen Zentrums EU-Europa wie Ceta mit Kanada oder TTIP mit den USA und JEFTA mit Japan dienen dazu, die Märkte entsprechend der Interessen des stärksten nationalen Kapitals auszuweiten bzw. zu vereinheitlichen.

Gesamtkapitalistisch sind die immer weiter um sich greifenden Freihandelszonen der Versuch, die kapitalistische Krise durch die weitere ökonomische Verflechtung und die Aufhebung von Handelsbeschränkungen im Interesse des exportorientierten großen Kapitals in den Griff zu bekommen. Durch die Freihandelsabkommen müssen die Regierungen der peripheren kapitalistischen Länder ihre lokale Produktion der Konkurrenz des Kapitals aus den kapitalistischen Zentren schutzlos ausliefern.

Ausgehend von der Leninschen Theorie vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen unterstützen die Antiimperialist*innen nationale Befreiungsbewegungen. Lenin entwickelte seine Theorie vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen ursprünglich u.a. aus der Abgrenzung gegen die opportunistischen, herrschaftstreuen Sozialdemokrat*innen. Diese hatten den imperialistischen Krieg als »Vaterlandsverteidigung« verklärt, während Lenin das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstand als Recht, sich gegen die imperialistische Annexion und Ausbeutung zur Wehr zu setzen und als Recht in einer klassenkämpferischen Übergangsphase zum Sozialismus. Er sah es als Teil des »Kampfes gegen den Chauvinismus und Nationalismus in den fortgeschrittenen Ländern«⁶⁴.

Ursprünglich inspiriert war der Antiimperialismus der neuen Linken ausgehend von den 1960er Jahren wesentlich durch die Bewegung gegen den Vietnamkrieg und die Solidarität mit dem vietnamesischen Befreiungskampf. Davon ausgehend hatten im Rückblick auch die chinesische Revolution und zum Teil die kubanische Revolution Vorbildcharakter für die sich als internationalistisch verstehende Bewegung in den kapitalistischen Zentren. Von Beginn an spielte für die antiimperialistische Bewegung in den kapitalistischen Zentren auch der Kampf der Palästinenser*innen gegen den Staat Israel eine große Rolle.

Die Faszination, die für undogmatische Linke anfangs von der kubanischen Revolution ausging, bestand in ihrer relativen Unabhängigkeit von einer Unterstützung durch die von einer bürokratischen Kommandowirtschaft geprägte Sowjetunion.

Zunächst war die kubanische Befreiungsbewegung gegen die vom US-Imperialismus gestützte Militärdiktatur unter Fulgencio Batista national orientiert. Die Guerilla Bewegung Fidel Castros setzte sich zum großen Teil aus radikalen nationalistischen und antiimperialistischen Bürgerlichen zusammen.⁶⁵

Unter dem Einfluss von Marxist*innen wie Che Guevara erwies sich die Befreiungsbewegung unter der Führung Fidel Castros als lernfähig und undogmatisch. Die ursprünglichen Ziele der nationalen Befreiung vom US-Imperialismus wurden um eine allgemeine emanzipatorische Zielsetzung erweitert, die über das von der KPDSU vorgegebene Konzept einer Einheitsfront bzw. Volksfront bis hin zum Diktator Batista hinausging.

Die KPDSU wollte bürgerliche Demokratien etablieren als Ausgangspunkt für die spätere sozialistische Revolution. Die nationale Befreiung sollte als Grundlage für die dann folgende Durchsetzung einer sozialistischen Gesellschaft dienen.

Mit ihrer Einflussnahme auf die Kommunistischen Parteien auf internationaler Ebene wollte die KPDSU auch eine ideologische Konkurrenz verhindern. Das galt sowohl für Länder wie Frankreich direkt nach dem Zweiten Weltkrieg als auch für Länder im Trikont wie Kuba.

Erst auf Grundlage der Erfolge der Guerilla-Bewegung um Fidel Castro und Che Guevara schloss sich die Kommunistische Partei Kubas in Abgrenzung von der KPDSU der kubanischen Revolution an.

Die Antiimperialist*innen wollten eine zweite Front in den kapitalistischen Zentren gegen die imperialistischen Kriege eröffnen. Dazu übernahmen sie das z. B. in Uruguay zum Teil erfolgreiche Konzept der Stadtguerilla, und übertrugen es auf den antikapitalistischen und antiimperialistischen Kampf in den kapitalistischen Zentren. Die Hoffnung, dass ein bewaffneter Kampf in den Zentren mit unterstützendem Umfeld, möglich sein könnte, war eine falsche Übertragung einer im Trikont teilweise erfolgreichen Strategie auf die völlig andere Situation in den kapitalistischen Zentren. Z. B. fehlte hier ein breites unterstützendes Umfeld, wenn es auch bei Vielen große Sympathien für den bewaffneten Kampf in den kapitalistischen Zentren gab.

Rudi Dutschke hielt die bewaffneten Befreiungskämpfe im Trikont für berechtigt. Er warnte aber davor, einen bewaffneten Kampf aufzunehmen, bevor die Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme, wie sie in den kapitalistischen Zentren gegeben war, ausgeschöpft waren.

In der Unterstützungsbewegung für die antiimperialistischen Befreiungsbewegungen wurde insbesondere die Internationale Solidarität hochgehalten. Revolutionsromantik mischte sich zum Teil damit, dass die Stellvertreter*innenkämpfe in der Peripherie des Kapitalismus als Projektionsfläche für antikapitalistische Ziele dienten. Die Kämpfe dort sollten die emanzipatorischen Kämpfe in den kapitalistischen Zentren vorantreiben.

Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz durch die Sowjetunion und der RGW-Staaten und der Delegitimierung der bürokratischen Kommandowirtschaften verlieren die antiimperialistischen Gruppen in den 1990er Jahren ihren Bezugspunkt. Zuvor war stark im Bewusstsein verankert, dass die ökonomische Grundlage des Imperialismus die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise ist und diese daher überwunden werden muss. Nun wird das Nationale in den Vordergrund gerückt.

Hinzu kommt die Zerrüttung der national befreiten Staaten bzw. um nationale Befreiung kämpfenden Bewegungen mit einstmals sozialistischem Anspruch wie z. B. in El Salvador durch Niederlagen bzw. einem unausweichlichen Friedensabkommen nach von den kapitalistischen Zentren angezettelten inneren Kämpfen in El Salvador. Und vor allem die ökonomische Unmöglichkeit, innerhalb des weltweiten Kapitalismus eine sozialistische (Gegen)ökonomie zu etablieren.

Letztlich war auch die Sowjetunion aufgrund der Vielzahl notwendiger antiimperialistischer Kämpfe nicht in der Lage, so viel Unterstützung zu leisten, dass die Befreiungsbewegungen volle Erfolge hätten erzielen können. Die antikomunistische, imperialistische Wühlarbeit und Politik der Zersetzung war auf Dauer im Großen und Ganzen erfolgreich.

Der positive Bezug zu einer Befreiungsbewegung mit emanzipatorischem Selbstverständnis und emanzipatorischen Zielen ist heute nur noch selten möglich. Eine Hoffnung stellte dabei die zapatistische EZLN in Mexiko dar. Insgesamt gingen dem klassischen Antiimperialismus überwiegend die Bezugspunkte verloren.

Der einzige einigermaßen vielversprechende Aufhänger für antiimperialistischen Widerstand in den Ländern der kapitalistischen Peripherie sind religiös aufgeladene Versprechen. Die reaktionäre Orientierung dieses Widerstands gegen den Imperialismus fällt notwendig hinter die Werte der bürgerlichen Aufklärung und des bürgerlich demokratischen Rechtsstaats zurück, der aufgrund seiner Verantwortung für die imperialistische Unterdrückung kein positiver Bezugspunkt für den Kampf gegen den Imperialismus sein kann.

Eine Variante antiimperialistischer Grundhaltungen, die zum antizionistischen Antisemitismus führen kann, ist ein platter Antiamerikanismus. Die Vertreter*innen dieser Richtung meinen, dass nur noch der Kampf gegen die USA bzw. den US-Imperialismus als angeblich alles beherrschende Macht eine Rolle spielt. Das Verhältnis anderer Imperialismen mit dem

US-Imperialismus und das Verhältnis miteinander konkurrierender Imperialismen überhaupt wird ausgeblendet oder falsch eingeschätzt als US-Interessen unterworfen.

Viele Antiimps sehen in Israel nur einen imperialistischen Brückenkopf des US-Imperialismus. Israel ist für sie auch deswegen ein besonders exponierter Feind, weil ihnen die palästinensische Befreiungsbewegung als einer der letzten Identifikationsmöglichkeiten geblieben ist. Das Ergebnis ist bei unreflektierten Teilen der Antiimps der antizionistische Antisemitismus, der letztlich die Vernichtung des Staates Israel will und keine Zwei-Staaten-Lösung. Der antizionistische Antisemitismus ist anschlussfähig an antisemitische Weltverschwörungstheorien anstelle einer politökonomischen Analyse des Imperialismus und des Widerstands gegen ihn.

Eine etwas gemilderte Variante antiimperialistischer Orientierung ist »Freude und Demut« in Bezug auf verschiedene Kämpfe, d. h. die Begrüßung jeder Form des Widerstands angesichts der insgesamt desolaten Situation. Die ist gleichbedeutend mit dem Aufgeben eines fortschrittlichen Anspruchs an die Inhalte der Befreiungsversuche.

Am irrationalen Gegenpol befinden sich Antideutsche, die sich rechts einordnen. Sie bezeichnen unterschiedslos jede Kritik an den USA bzw. am Handeln der Regierung der USA als »antiamerikanisch«. Sie wollen die US-Politik bzw. die von ihnen dann sogenannte »westliche« Politik gegen emanzipatorische Kritik immunisieren. Die Art und Weise der Wertkritik, wie sie aus den Kreisen Antideutscher, die sich rechts einordnen, kommt, unterschlägt die Bedeutung der Klassenkämpfe für die konkrete Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. Wenn die blinde Wirkung des kapitalistischen Wertgesetzes verabsolutiert wird, verliert die Kategorie des Imperialismus, die die Beschreibung weltweiter Ausbeutungsverhältnisse und der Kämpfe dagegen beinhaltet, ihre Bedeutung.

Auch in einer gemäßigten Variante der Wertkritik, wie sie die Gruppen Krisis und Exit vertreten, verlieren die Klassenkämpfe der antagonistischen Subjekte in der angeblich reinen Wirkungsmächtigkeit des kapitalistischen Wertgesetzes an Bedeutung. Ihre Analyse soll auch zeigen, dass es ein revolutionäres Subjekt mindestens in Form der Arbeiter*innenklasse nicht (mehr) gibt.⁶⁶

Norbert Trenkle, ein Vertreter der Krisis-Gruppe sagt über »eine wertkritisch fundierte Krisentheorie«: »Jedenfalls aber kann sie theoretisch und empirisch nachweisen, dass es keinen neuen säkularen Akkumulationsschub mehr geben wird, sondern dass der Kapitalismus unwiderruflich in eine barbarische Niedergangs- und Zerfallsepoche eingetreten ist.«⁶⁷

In ihrer Erwartung, dass der Kapitalismus an der immer kleiner werdenden Möglichkeit, das Kapital zu verwerten, zusammenbrechen wird, verkennen die Wertkritiker*innen elementare Merkmale des konkurrenzgetriebenen Kapitalismus. Denn die Überakkumulation ist zwar

eine Tendenz, aber dabei auch zum Teil nur eine Erscheinung auf Zeit. In großen Krisen geht Kapital verloren, es wird entwertet. Die Kapitalvernichtung und die weitere technologische Revolution mit entsprechenden neuen Waren auf entsprechenden Märkten eröffnen andererseits für die überlebenden Kapitale neue Akkumulationsspielräume. Zusammenbruchszszenarien sind also wie schon zu den Zeiten des Beginns der theoretischen Analysen des Imperialismus als höchstes bzw. letztes Stadium des Kapitalismus nicht zielführend, weil sie den Klassenkampf nicht ersetzen können.

Antideutsche, die sich rechts einordnen, halten den Imperialismus immer noch für besser als nationale Befreiungsbewegungen. In der extremsten Variante bleibt dabei der Schutz Israels als alleiniges Ziel übrig. Überhaupt ist der Kampf der Massen für Befreiung, gegen Unterdrückung für die Antideutschen, die sich rechts einordnen, tendenziell faschistisch und mindestens sinnlos, weil die Wirkung des Wertgesetzes allenfalls im Zusammenbruch durch das Wertgesetz selbst aufgehoben werden kann.

Ein Beispiel für solche Irrationalitäten ist auch, dass sich Anetta Kahane im Namen der Amadeu Antonio Stiftung in ein flammendes Plädoyer für den Kapitalismus versteigt: »Die Bestimmung des Kapitalismus als Ursache aller Probleme ist längst eine Auffassung des westlichen Mainstreams. Dabei ignorieren alle Seiten, dass eine liberale, demokratische und offene Gesellschaft mit sich entfaltenden Minderheitenrechten ohne Kapitalismus nicht möglich ist. Es gibt Kapitalismus ohne Demokratie, aber keine Demokratie ohne Marktwirtschaft. Dass die Globalisierung darüber hinaus für fünf der sieben Milliarden Menschen bessere Lebensbedingungen bedeutet, wird von den Antikapitalisten der verschiedenen Richtungen entweder ignoriert oder abgelehnt, in jedem Fall aber als Argument zurückgewiesen.«⁶⁸

Die inhumane Realität der nahezu grenzenlosen Ausbeutung bis zur Vernichtung menschlichen Lebens in der Peripherie des Kapitalismus ist ihr fremd. Sie suhlt sich im materiellen (Schein-)Wohlstand und zunehmenden demokratischen (Schein-)rechten mit massiven Einschränkungen der Menschen- und Grundrechte, also der Rücknahme der anfänglichen Freiheiten, die für die Ingangsetzung der Kapitalakkumulation grundlegend waren.

Sie kritisiert die angebliche Gewalt der Gegner*innen des G20-Gipfels in Hamburg, über die alltägliche Gewalt und Vernichtung durch die kapitalistischen Verhältnisse weltweit schweigt sie. Selbst in ihrer eigenen Logik schreibt sie 2 Milliarden Menschen einfach schnell mal ab.

Die klassischen, grundlegenden, charakteristischen Elemente des Imperialismus bestehen fort, auch wenn sich ihre Form modifiziert. Dies geschieht auf Grundlage der Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und aufgrund der Zunahme der militärischen Vernichtungspotenziale der kapitalistischen Zentren und atomarer Regionalmächte.

Eine Kontinuität ist die Verbindung des staatlichen Handelns mit den Verwertungsinteressen des Kapitals aus den kapitalistischen Zentren, das gegebenenfalls auch den Einsatz militärischer Mittel einschließt.

Nicht zuletzt mit dem sogenannten Krieg gegen den Terror rechtfertigen die Herrschenden seit den Anschlägen des 11. September 2001 wieder imperialistische Kriege. Mit der Definition »Terror ist Krieg«, also mit der Behauptung, in den kapitalistischen Zentren verübte Terroranschläge seien Erscheinungsformen des Krieges, wird der Kriegsbegriff so weit ausgedehnt, dass dies die Angegriffenen ebenso zu Kriegshandlungen berechtigt.⁶⁹ Gleichzeitig geht mit der Formierung gegen den sogenannten Terror in den kapitalistischen Zentren die Militarisierung bürgerlich-demokratischer Herrschaft nach innen einher.

Die Aushöhlung bürgerlich-demokratischer Herrschaftsformen des Kapitalismus schreitet mit der Ideologie des weltweiten Terrorkrieges massiv und schnell voran. Menschenrechte werden zunehmend zur demokratischen Fassade degradiert. Der autoritäre Staat auf dem Weg in den Polizeistaat mit faschistoiden Elementen ist zurzeit weltweit die herrschende Tendenz.

Eine neue faschistische Herrschaftsform unter Berücksichtigung der Entwicklung der Produktivkräfte droht. Die entfaltete digitale Technologie ist die materielle Grundlage für die bestehenden Illusionen von noch geltenden bürgerlichen Freiheiten, auch in Krisenzeiten, und gleichzeitig der totalen Überwachung der Gesellschaft und der Menschen. Die digitale Ideologie ist der Ausdruck der Dialektik von scheinbarer Freiheit und Unterdrückung.

Notwendig für eine antiautoritäre, antinationale und sozialrevolutionäre antikapitalistische Linke ist es, imperialistische Kriege als solche zu brandmarken und sie in einer sozialen Bewegung zu bekämpfen. Auch in den kapitalistischen Zentren dürfen dabei keine Zugeständnisse an reaktionäre Befreiungsbewegungen gemacht werden. Das Ausblenden von durch die kapitalistischen Verhältnisse bedingten Widersprüchlichkeiten in Befreiungskämpfen der Unterdrückten ist repressive Toleranz, die wir bekämpfen müssen.

**Beitrag für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 16./17. Dezember 2017 in Köln**